

BUCHBESPRECHUNGEN

Neuerscheinungen über die Sowjetunion

PAUL BARTON
L'INSTITUTION CONCENTRATIONNAIRE
EN RUSSIE (1930—1957)

Verlag Plon, Paris 1959. 519 S., kart. 1650 ffrs.

Der Westen kennt eine große Anzahl von Berichten ehemaliger Insassen sowjetischer Konzentrationslager. Im deutschen Sprachkreis haben vor allem die Darstellungen von Margarethe Buber-Neumann, Susanne Leonhard, Ellinor Lipper und anderen Autoren Beachtung gefunden. Über diese persönlichen Zeugnisse hinaus fehlte es aber, abgesehen von einigen lobenswerten Versuchen, an einer systematischen Darlegung des sowjetischen Konzentrationslagersystems in allen seinen Aspekten.

Paul Barton, der Verfasser des bekannten Buches „Prag zur Stunde Moskaus“, ist den Lesern der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ kein Unbekannter. Sein neues Werk, das die oben geschilderte Lücke schließt, steht an Gründlichkeit und sorgfältiger Ausarbeitung nicht hinter seinen früheren Publikationen zurück. Barton begnügte sich nicht damit, lediglich literarische Zeugnisse zu sammeln und zu ordnen; er benutzte für sein Werk eine große Anzahl bisher nur wenig ausgewerteter Zeugenaussagen und zahlreiche sowjetische Originaldokumente.

Der Verfasser betrachtet eingehend Struktur, Organisation und ökonomische Bedeutung der sowjetischen Lager von der Zeit ihres Übernehmens in den Jahren des ersten Fünfjahrplans bis zu ihrem Niedergang nach Stalins Tod. Dabei kommt er zu interessanten Schlußfolgerungen.

Die Konzentrationslager waren und sind ein integraler Bestandteil des Sowjetstaates und der Sowjetwirtschaft. Nach Bartons Meinung v/aren es vor allem demographische Momente, die das Konzentrationslagersystem in den Jahren des Stalinschen Terrors nicht ins Uferlose wachsen ließen. (Der erschreckende Frauenüberschuß, den die diesjährige sowjetische Volkszählung aufweist, ist ja weitgehend eine Folge der Deportationen und willkürlichen Einweisungen in Konzentrationslager). Das Argument der niedrigeren Arbeitsproduktivität der Zwangsarbeiter erscheint ihm weniger ausschlaggebend, da die niedrigere Leistung je Zeiteinheit durch die verlängerte Arbeitszeit (bis 11 Stunden täglich) und die geringere Zahl der Ruhetage weitgehend ausgeglichen wurde.

Die Ereignisse nach Stalins Tod bewirkten eine tiefgreifende Erschütterung des ganzen Systems. Die allgemeine Autoritätskrise zwang den Sowjetstaat zu Reformen. Die hygienischen

Verhältnisse verbesserten sich. Die Leitung der Lagerbetriebe wurde vom Innenministerium und der allmächtigen GULAG (Hauptlagerverwaltung) abgetrennt und den einzelnen Fachministerien unterstellt. Damit nahm das Interesse an einer wirtschaftlichen Betriebsführung unter Schonung von Menschenleben zu. Seit Stalins Tod wurden keine neuen Konzentrationslagergebiete mehr geschaffen. Die Besiedlung der Lagergebiete erfolgte dafür zusehends mit ehemaligen Häftlingen, die an ihrem Haftort als „freie Arbeiter“ verbleiben mußten.

Von einer Auflösung der Konzentrationslager, wie sie Chruschtschow mehrmals gegenüber westlichen Politikern und Journalisten ankündigte, kann indessen keine Rede sein. Ihre Bestände sind allerdings stark gesunken, damit auch ihre wirtschaftliche Bedeutung. Im offiziellen Sprachgebrauch heißen sie heute „Anstalten für Arbeitserziehung“.

Es ist bedauerlich, daß das Werk in seinem Erscheinen verzögert wurde, weshalb die Darstellung der Jahre 1954—1957 etwas schematisch anmutet. Allerdings fehlt es auch an verlässlichen Zeugen aus diesen Jahren.

Das Buch enthält eine gute Bibliographie. Durch die Beigabe des vollen Textes der berühmten Uchta-Petschora-Lagerordnung von 1939 wird es vollends zu einem zeitgeschichtlichen Dokument, zu einer Anklage gegen den Totalitarismus unter dem Zeichen einer in ihr Gegenteil verkehrten Idee.

BERTRAM D. WOLFE
SECHS SCHLÜSSEL ZUM SOWJETSYSTEM

Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1959. 246 S., Ln. 9,80 DM.

Der Chefkommentator der „Stimme Amerikas“ und Berater des Staatsdepartements veröffentlichte diese Sammlung von etwas adjustierten Aufsätzen aus den Jahren 1948—1955 in den USA im Jahre 1956. Nun liegen sie auch in deutscher Sprache vor. Es zeugt für den Weitblick des Verfassers, daß seine Untersuchungen über Problemkreise des Sowjetbereichs auch heute noch frisch und anregend wirken.

Am besten durchgearbeitet erscheint uns das zweite Kapitel über „Die Gleichschaltung der Kultur“, in dem der Verfasser die für einen westlichen Betrachter ausgesprochen tragikomischen Aspekte der stalinistischen Scholastik mit beißender Ironie darstellt. Das Buch gibt als Ganzes eine interessante, weil auf die Praxis bezogene Analyse des modernen Totalitarismus.

OSKAR ANWEILER
DIE RÄTEBEWEGUNG IN RUSSLAND
1905—1921

Verlag E. J. Brill, Leiden und Köln 1958. 344 S., Ln. 38 Gulden.

Die engere Problemstellung dieses Werks führt von der ersten russischen Revolution bis zum Kronstädter Aufstand. Darüber hinaus be-

leuchtet das Werk die Problematik der Rätebewegung im allgemeinen und ihre sozialen Funktionen. Für den aufmerksamen Leser werden Analogien zur jüngsten Geschichte, zu den jugoslawischen Arbeiterräten, zur Rätebewegung in der ungarischen Revolution und im polnischen Oktober deutlich erkennbar.

Die Räte als Ausdrucksmittel des unmittelbaren Volkswillens sind eine Folge der Diktatur, die keine parlamentarisch-demokratischen Institutionen zuläßt. In ihnen tritt neben den politischen Zielsetzungen vor allem das Verlangen nach Wirtschaftsdemokratie zutage. Das Bestehen der Rätebewegung in Rußland bildete die Hauptvoraussetzung für das von Lenin postulierte „Überspringen der bürgerlich-kapitalistischen Phase“ in der Entwicklung Rußlands. Der Bolschewismus war aber bald gezwungen, die Räte, die ihn mit ihren Regional- und Partikularinteressen am Aufbau seines politischen Machtapparates und seiner Zentralverwaltungswirtschaft hinderten, zu liquidieren. Mit dem Ruf der Arbeiterschaft nach Produktionsdemokratie (darunter versteht Anweiler das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, d. Rez.) tritt das Räteproblem aber nach Jahren kommunistischer Parteidiktatur wieder zutage. Die verzweifelten Anstrengungen zur Dezentralisierung der Sowjetwirtschaft ohne Preisgabe der staatlichen Macht zeigen ja zur Genüge, wie sich der Sowjetstaat den der Rätebewegung eigenen Tendenzen gegenüber bereits wieder in der Defensive befindet.

Das Werk Anweilers berücksichtigt eine große Anzahl selten zitierter revolutionärer Schriften und Dokumente. Höchst erfreulich ist seine klare Sprache und die Sorgfalt, mit der er jede seiner Thesen untermauert — eine Sorgfalt, die wir bei einigen deutschen Historikern der jüngeren Schule vermissen. Das Buch Anweilers ist ein wertvoller Beitrag zur Erkenntnis der revolutionären Bewegungen schlechthin.

Richard Schwertfeger

ERIK BOETTCHER
DIE SOWJETISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK
AM SCHEIDEWEGE

Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft
Hamburg. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1959. 307 S.,
Ln. 26,50 DM, brosch. 22,50 DM.

„Ganz gleich, ob das freie Europa jemals in der Lage sein wird, so etwas wie eine dritte Kraft zwischen den Weltmächten der USA und der UdSSR zu entwickeln, sollten wir Europäer — und nicht zuletzt wir Mitteleuropäer — es als eine ständige Verpflichtung empfinden, uns um ein eigenes umfassendes Urteil über das kommunistische Rußland und seine Probleme zu bemühen.“ So beginnt das Vorwort von Prof. *Ortlieb* zu diesem Buch. Boettcher zeigt ein realistisches Rußlandbild. Er liefert exaktes Material über das Geflecht sowjetischer Wirt-

schaft und versucht, „an die verschiedenen Lebensbereiche der Sowjetunion und die verschiedenen Seiten des sozialen Sowjetexperiments von einer einheitlichen Konzeption aus heranzugehen. Er gewinnt diese Konzeption aus dem ökonomischen Bereich und glaubt sich dazu berechtigt, weil das Hauptziel und damit das Grundproblem der Sowjetunion die Industrialisierung ist und weil in einem totalitären Staat die Möglichkeit besteht, alle Bereiche — bis hin zur willkürlichen Manipulation der marxistischen Ideologie — auf das dominierende Ziel auszurichten.“ (Vorwort).

Die einzelnen Kapitel des Buches erläutern die Entstehung der Planungs-idee, die gewandelte Arbeits- und Sozialverfassung, den Engpaß in der Agrarproduktion, die Rationalisierung und Dezentralisierung der Industrieproduktion, die Rolle der Ideologie in der Wirtschaftspolitik; Tabellen und eine ausführliche Zitierung zahlreicher sowjetischer (und anderer) Quellen ergänzen den dokumentarischen Text. Die sachliche Form der Darstellung ist beruhigend, der Inhalt dagegen aufregend genug.

Die Bevölkerung der UdSSR hat sich in den letzten 30 Jahren um die Einwohnerzahl der Bundesrepublik vermehrt: von 147 auf über 200 Millionen, trotz ungemein hoher Kriegsverluste und Geburtenausfälle, und in dieser Zeit hat sich eine auffällige „Veränderung der Gesellschaftsstruktur“ vollzogen: Boettcher vermerkt (und belegt ausführlich), man könnte damit rechnen, daß die Intelligenz mit ihren Familienangehörigen heute schon rund ein Viertel der Bevölkerung ausmacht.“ (S. 48). Vor 30 Jahren waren 50 Prozent der russischen Bevölkerung Analphabeten, heute sind es nur noch wenige Prozent, viel weniger als in manchen Ländern des westlichen Europa.

Der Katalog von Reformen, den man aus dem Buch herausziehen könnte — Wirtschaftsreform, Sozialreform, Justizreform, Agrarreform, Schulreform, Bildungsreform —, erinnert an die Tatsache, daß auch im Westen solche Reformen diskutiert, verhindert, angestrebt und durchgeführt werden und sogar in ihren Zielen oft mit den Absichten des Ostens übereinstimmen. Insbesondere die Schulreform und die Bildungsreform in der Sowjetunion (über die Boettcher auch beim letzten „Europäischen Gespräch“ in Recklinghausen eindrucksvoll berichtete) zeigen in ihren Tendenzen und Schwierigkeiten Parallelen mit ähnlichen westlichen und westdeutschen Bestrebungen.

Boettcher läßt sich aber nicht blenden von sowjetischen „Errungenschaften“, er weiß um die beliebte Freizeitbeschäftigung der Sowjetfunktionäre, auszuknobeln, was noch alles von einem Russen erfunden worden sein könnte. Und er ist auch weit davon entfernt, die Methoden sowjetischer Staats- und Wirtschaftsorganisation des ökonomischen oder gar politischen Effekts wegen

zu rühmen; aber er warnt andererseits vor einer Einschätzung, bei der die Hoffnung auf Vernichtung des Kommunismus Pate gestanden und das klare Denken getrübt (hat)** (S. 50).

Auch die Auffassung, die Sowjets seien ideologiebesessen, wird korrigiert: Indirekt wird an vielen Stellen des Buches deutlich, was der Verfasser über die wandlungsfähige, ja geradezu korrekturfreudige sowjetische Wirtschaftspolitik schreibt, daß nämlich „die Sowjets sich in ihrer Wirtschaftspolitik immer weniger von Motiven der Rücksichtnahme auf die Ideologie der herrschenden Staatslehre beeinflussen lassen . . . und daß demgegenüber das nüchterne Ziel einer ungehinderten wirtschaftlichen Expansion dominiert“ (S. 195).

Gegen Ende des Buches heißt es: „Die Betrachtung der Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion vermag die erschreckende Tatsache zu enthüllen, daß eine totalitäre Diktatur es versteht, ihre Gesellschaftsprobleme zu meistern.“ Diese Erkenntnis fordere von den demokratischen Ordnungen zwei Anstrengungen: „Einmal sollte neu durchdacht werden, nachdem wir wissen, daß auch in totalitären Diktaturen den Menschen Freiheiten in erheblichem Maße zuwachsen können, welches die unabdingbaren Grundvoraussetzungen demokratischer Freiheit sind, die der Totalitarismus nicht erfüllen kann. Zum anderen sollte das Zurückgehen auf das Grundsätzliche uns befähigen, abzuschätzen, wo wildwuchernde Freiheiten in den Demokratien eingeschränkt werden müssen . . ., wenn sie nicht von diktatorischen Systemen überflügelt werden wollen“ (S. 278 f.).

Noch einmal sei aus dem Vorwort von Prof. Ortlieb zitiert: „Wenn der Verfasser in diesem Buche mehr Rationalität in der bolschewistischen Wirtschaftsordnung nachweist, als die westliche Welt gemeinhin wahrhaben will, so warnt er damit vor allen westlichen Überlegenheitstheorien, welche die wirkliche Bedrohung des freiheitlichen westlichen Lebensstils durch den Osten auf eine gefährliche Weise verharmlosen. Denn wenn es dem russischen Kommunismus gelingen sollte, . . . den Westen wirtschaftlich zu überflügeln, so wird er früher oder später die westlichen Völker zwingen, entweder sich den wirtschaftlichen Zielen und Methoden des Sowjetsystems anzupassen oder sich politisch zu unterwerfen. Diese Gefahr kann man nur gering achten, wenn man glaubt, daß das letzte Wort über die ökonomische Effizienz der Wirtschaftsordnung bereits zugunsten der Marktwirtschaft des Westens gesprochen ist. Daß in dieser Frage noch alles offen und daher noch vieles neu zu durchdenken ist, das ist ein kaum bezweifelbares Ergebnis dieses Buches.“

Das Buch füllt einen beunruhigenden weißen Fleck der Unkenntnis auf der Landkarte politischer Geographie.

Alfred Horné

Neue Literatur über Israel

BURGHARD FREUDENFELD

ISRAEL

Experiment einer nationalen Wiedergeburt. Kösel-Verlag, München 1959. 158 S., 4,80 DM.

Die Schrift Freudenfelds ist aus sehr genauer, fundierter und persönlich-unmittelbarer Kenntnis ihres Gegenstands geschrieben; aus der Nähe, die den Blick schärft, und dem Abstand, der dem Überblick zugute kommt. Sie gibt zuerst eine ausgezeichnete Skizze der religiösen Vorstellungen und der historischen und sozialen Vorgänge und Bewegungen, aus denen der Zionismus und später der Staat Israel entstanden sind. Abschließung und Ausschließung, Anpassung und Emanzipation, Unterdrückung, Verfolgung und Ausrottung sind den Juden nebeneinander und nacheinander zuteil geworden. Dabei durchdringen religiöse und rassenmäßige Elemente einander auf beiden Seiten. Auf jüdischer Seite kristallisieren sich diese Elemente zum Teil in der Idee der Heimat Zion, die in der Diaspora lebendig blieb. Sie wäre vielleicht Idee geblieben und von den Gegenideen der Aufklärung und der Gleichheit, an denen die Juden auch großen Anteil hatten, überlagert oder aufgezehrt worden, hätte sich nicht in den Gastländern neben der Emanzipation und der Assimilation der barbarische Anachronismus des rassenmäßigen Antisemitismus entwickelt, der sich schließlich unter Hitler zur blutigen Massenverfolgung gesteigert hat. Dieser Antisemitismus hat „den Juden gezwungen, wieder Jude zu sein, und zwar am unerbittlichsten und schmerzhaftesten dort, wo er es ausdrücklich nicht mehr sein wollte“. Der Antisemitismus fand „seine spezifisch deutsche Ausprägung in jenem unausgegorenen Stadium des akademischen Bürgertums, in dem sich die romantisierende Nationalphraseologie einer germanischen Renaissance mit den ersten Parolen des neuen Biologismus verband. Nun konnte sich im trügerischen Schein der Wissenschaftlichkeit jene eingewurzelte Verachtung wieder beleben, an deren früher und nachhaltiger Begründung, weit vor aller Aufklärung und allem späteren Rassenmaterialismus, die Christen beider Kirchen ihre kaum abzutragende Mitschuld haben.“ Nicht nur, daß die zionistische Bewegung durch diese Verfolgung sich zum Staat verdichtet hat; möglicherweise wäre auch „ohne den außerordentlichen Bildungsstand und die soziale Disziplin der geretteten Reste des mitteleuropäischen Judentums dieser Staat vermutlich nicht lebensfähig geworden“.

Das zweite, wichtigste Kapitel skizziert die zehn Jahre seit der Staatsbildung. So anachronistisch das Gesetz ist, nach dem dieser Staat anzutreten hatte, er ist doch in erstaunlichem Maße lebensfähig geworden. Das Büchlein gibt eine getrennte und vorzügliche Darstellung,

wie der neue Staat zuerst die ihm von der europäischen Verfolgung und später die von der feindlichen arabischen Umwelt gestellten ungeheuren Aufgaben gelöst hat, die Aufnahme und Einschmelzung der Juden aus aller Welt und allen Kulturzuständen, und die materielle, geistige und militärische Selbstbehauptung. Es gibt ja wohl in diesem Jahrhundert keinen historischen Prozeß von solcher Spannung und Verdichtung wie die Bildung und Behauptung dieses Staates. Und eben diese Spannung wird durch die Darstellung Freudfelds deutlicher als in früheren Darstellungen, die ich kenne. Die inneren Verhältnisse werden analysiert: die Rolle der Einheitsgewerkschaft, die Züge eines gewissen puritanischen, ordnungsmäßigen Sozialismus auf der Grundlage des Nationaleigentums am Boden, ein Sozialismus, der im übrigen durchaus weltlich orientiert ist, keineswegs jüdisch-religiös. Besonders scharf und, wie mir scheint, richtig gesehen ist die Stellung der religiösen Orthodoxie in Israel, der nur eine geringe Minderheit angehört. Der Staat selber hat keine religiösen Elemente in sich aufgenommen; die Führungsschicht besteht überwiegend aus religiös indifferenten. Das religiöse Gemeindeleben spielt in Israel eine geringere Rolle als etwa in der nordamerikanischen Diaspora; die israelischen Orthodoxen beziehen allerdings von den auswärtigen Religionsgemeinden ein gut Teil ihrer relativ geringen Bedeutung im Lande.

In einem dritten Kapitel werden die Perspektiven und Chancen des Staates entwickelt, alles mit bemerkenswerter Klarheit und Vertiefung, teilweise auch kritisch. Das Buch enthält, so klein es ist, und so groß die Israel-Literatur in den letzten Jahren geworden ist, manche neue Beobachtung und manche neuen Gedanken.

Richard Schmid

Raummangel hindert uns leider, auf einige weitere wertvolle Publikationen über Israel so einzugehen, wie sie es verdienen. Wir müssen uns mit knappen Hinweisen begnügen.

Helmut Gollwitzer nennt seine kleine, gedankenreiche Schrift „Israel — und wir“¹⁾, bezieht aber auch das Verhältnis Israels zu seiner arabischen Umwelt in seine wohlüberlegten und glänzend formulierten Betrachtungen ein; er kommt zu dem Schluß, daß es nur eine Lösung gibt: „Diejenige, die nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft sieht und darum von den Fakten der Gegenwart ausgeht...“

Erich Lüth hat dem Bericht über seine dritte Israel-Reise den Titel „Israel — Heimat für Juden und Araber“²⁾ gegeben, weil er sich diesmal besonders über die Situation und die Haltung der arabischen Minderheit in Israel informiert hat. Zu diesem Thema, aber auch zu anderen Problemen Israels enthält seine Schrift viele sehr konkrete, sehr instruktive Details.

Leo Kohn, Professor für Internationale Beziehungen an der Hebräischen Universität Jerusalem, bespricht in seiner Schrift „Israel und seine Umwelt“³⁾ sowohl den israelisch-arabischen Konflikt wie die noch viel zu wenig bekannten, sehr fruchtbaren Ansätze einer engeren Zusammenarbeit zwischen Israel und etwa zwanzig afrikanischen und asiatischen Ländern. Die Arbeit enthält auf ganz knappem Raum ungemein anregende Überlegungen und auch erstaunlich viel konkretes Material.

Dr. Walter Preuss gibt die erste umfassende Darstellung in deutscher Sprache über den vielleicht wichtigsten Beitrag Israels zum Wirtschafts- und Lebensproblem der Entwicklungsländer: nämlich über das weitverzweigte, hochbedeutsame israelische Genossenschaftswesen⁴⁾, in dem der Verfasser selbst führend tätig ist. Das Buch ist für Genossenschaftler in der ganzen Welt wie für unsere Kenntnis Israels von grundlegender Bedeutung.

Arno Scholz veröffentlicht unter dem Titel „Israel — Land der Hoffnung“⁵⁾ einen „Bildbericht“, in dem sich Text und ein ungewöhnlich reiches und vielseitiges Bildmaterial vortrefflich ergänzen. Ein Geschenk- und Erinnerungsbuch für alle Israel-Reisenden und für solche, die sich auf eine Israelreise vorbereiten wollen.

W. F.

- 1) Lettner-Verlag, Berlin 1958. 28 S., 20 Bildtafeln, kart. 4,80 DM.
- 2) Herausgegeben von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Hamburg e. V. (Hamburg 13, Hallerstr. 51), 1958. 72 S., mit zahlreichen Fotografien, brosch. 2,40 DM.
- 3) Veröffentlicht durch die Informationsabteilung der Israel-Mission Köln, 1959. 19 S.
- 4) Polydruck Condor-Verlag, Berlin 1958. 247 S. Ln. 14,80 DM.
- 5) arani-Verlags-GmbH, Berlin-Grunewald 1959. 60 S. Text, 132 Bildtafeln, Ln. 18 DM.

S. LILLEY AUTOMATION UND SOZIALER FORTSCHRITT

Globus Verlag GmbH, Wien 1958. 224 S. und 16 S. Kunstdruckbilder, Ln. 17 DM.

Schon im Titel formuliert Prof. Lilley die für uns alle entscheidende Frage: *Was kann die Automation zum sozialen Fortschritt beitragen?* Damit verläßt der Verfasser jenen säuberlich eingezäunten Garten akademischer Erörterungen der Automatisierung „an sich“ und des technischen Fortschritts „für sich“. Für die gewöhnlichen Sterblichen ist es nämlich recht uninteressant, ob der Schritt vom Halbautomaten zur Transfermaschine technisch groß oder klein ist; es ist aber eine Lebensfrage, in welcher Richtung die Automaten unsere Existenz verändern werden.

Prof. Lilley teilt uns zahlreiche neue technische Einzelheiten über Transfermaschinen, Elektronenrechner und vollautomatische Fabriken mit. Interessant ist der rote Faden, an dem der Ver-

fasser seine technischen Neuigkeiten aufreißt; der Faden ist wirklich rot: Prof. Lilley entwickelt seine bemerkenswerten Prognosen aus der *Marx'schen* Konjunkturtheorie. Für einen deutschen Leser ist es einfach erstaunlich, daß ein leibhaftiger Professor die hierzulande ins Unterbewußte verdrängte sozialistische Krisentheorie ohne Anflug eines schlechten Gewissens vorträgt. Wir müssen erwähnen, daß der Verfasser in England lebt und lehrt.

In Detailfragen wird man mit guten Gründen anderer Auffassung sein können als Prof. Lilley. Wichtiger sind die Einsichten, daß sich automatische Steuereinrichtungen auch bei kleinen Stückzahlen rentieren können und daß in der Montage vorerst nicht mit der Automatisierung zu rechnen ist. Dort haben wir uns auf die „Automatisierung“ menschlicher Arbeitsverrichtungen einzustellen, auf den „dressierten Affen“, den Ford einmal als den Höhepunkt der arbeits-technischen Entwicklung bezeichnete. Die Automatisierung selbst ist weder gut noch böse. Es kommt allein auf den *gewollten Zweck* an. Die General Electric Corporation äußerte sich dazu so: „Der Unternehmer muß automatisieren, um am Leben zu bleiben . . . Es ist ein Gebot für ihn, von der Lohnliste alle Beschäftigte zu streichen, die nicht unbedingt notwendig sind.“ Eine Wiener Bank drückte denselben Gedanken etwas charmanter aus: „Der eigentliche wirtschaftliche Zweck der Automation besteht nämlich darin, *Lohnkosten zu sparen*.“ Ob die Ziele höflich oder unhöflich formuliert werden, ist letztlich wenig interessant. Die Praxis wird sich von der in Coventry kaum unterscheiden: Wenn nicht . . . !

Wegen dieses „Wenn nicht“ hat Prof. Lilley offenbar sein Buch geschrieben. Er will aufrütteln. Er will den Arbeitnehmern, den Gewerkschaften und auch den Regierungen sagen, daß wir alle unseres Glückes oder Unglückes Schmieid sind. Zwei Aufgaben stehen im Vordergrund: eine Regierungspolitik der Vollbeschäftigung zu erreichen, damit die Transfermaschinen zu etwas mehr als nur zu 4 vH ausgelastet sind! Und zum anderen: Die Gewerkschaften müssen konkrete Programme entwickeln, mit denen sie einer rein profitorientierten Automatisierung entgegenzutreten können: einen größeren Anteil am wirtschaftlichen Kuchen durch mehr Urlaub, höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit etc. Wir können nur die Ermahnung Prof. Lilleys unterstreichen, solche Programme *jetzt* zu entwickeln, denn in einer Mitgliederversammlung der durch automatische Maschinen von ihrem Arbeitsplatz verdrängten Arbeiter macht sich so etwas schlecht. Auch das kann man von Coventry lernen! Der Rezensent darf dazu bemerken, daß für die Kanalisierung der Automation auch andere Formen der Kommunikation zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erforderlich sind, als sie zur Zeit gepflegt werden. Wir wünschen und hoffen, daß die Arbeit von Prof. Lilley von recht vielen

Gewerkschaftern und auch Arbeitgebern aufmerksam gelesen wird. Dann besteht nämlich einige Hoffnung, daß sich die sozialen Denkgewohnheiten und Institutionen etwas rascher als im vorigen Jahrhundert der technischen Entwicklung anpassen.

Der gleiche Wunsch gilt dem Vierteljahresheft X, 1 des von der UNESCO herausgegebenen *International Social Science Bulletin*, das den „sozialen Folgen der Automation“ gewidmet ist. Aufgabe des Soziologen sei es, so sagen *Michel Crocier* und *Georges Friedmann* in ihrem Vorwort, die mit der Automatisierung verknüpften Hoffnungen und Befürchtungen zu verstehen und deren Ursachen und Wirkungen zu analysieren. Namhafte Fachleute beleuchten das Problem von verschiedenen Seiten. *Naville* befaßt sich ohne durchschlagenden Erfolg mit den Veränderungen der Beschäftigungsstruktur. *Paul Einzig*, der als Wirtschaftsberater in London tätig ist, untersucht in einem interessanten Beitrag die Wirkungen der Automation auf die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und die durch die Lohndifferenzierung gebildeten Beziehungen der Arbeitnehmer untereinander. *John Diebold* beschäftigt sich mit den Aufgaben, welche die Automation dem Management stellt. An einen Bericht über die technischen und wirtschaftlichen Probleme der Automatisierung in Sowjetrußland schließt sich eine Darstellung der komplizierten sprachlogischen Fragen, die Übersetzungsmaschinen beantworten sollen. Berichte über Forschungsvorhaben und bereits abgeschlossene Untersuchungen auf dem Gebiete der Automatisierung runden das Bild ab. Alles in allem: eine nützliche und anregende Ergänzung der vorhandenen Literatur und vielleicht gerade wegen der betont zurückhaltenden Formulierungen eine Quelle für mannigfache Anregungen.

Hans Rehhahn

GÜNTER DREWES DIE GEWERKSCHAFTEN IN DER VERWALTUNGSORDNUNG

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft, Heidelberg 1958.
268 S., kart. 22 DM.

Der Titel läßt nicht unmittelbar erkennen, was unter „Verwaltungsordnung“ und der Stellung der Gewerkschaften darin gemeint sein könnte. Die Dissertation wurde bei einem Hochschullehrer des öffentlichen Rechts gefertigt. Das erklärt, daß thetnehaft von „Verwaltung“ die Rede ist. Der Verfasser betrachtet diese Beschränkung als Charakterisierung dafür, daß nur ein Teilsektor gewerkschaftlicher Beteiligung am staatsbürgerlichen Leben erfaßt ist. Dr. Drewes beschränkt sich in der Tat, z. B. bei der Arbeitsgerichtsbarkeit (S. 54) und der Sozialgerichtsbarkeit (S. 73), auf die bloße Mitwirkung der Gewerkschaften an der Verwaltung, also dem innerdienstlichen Be-

trieb und erwähnt nicht die unmittelbare Mitwirkungsfunktion bei der Urteilsfällung als Teil des Stranges „Rechtsprechung“.

Drewes macht zunächst eine Bestandsaufnahme (S. 20 bis 169) und versucht dann zu systematisieren. Die einzelnen Mitwirkungsarten der Gewerkschaften werden ungefähr in die Normenhierarchie des Betriebsverfassungsrechtes eingeordnet von Mitbestimmung und Mitwirkung über Antragsrechte und Beratungsbefugnis bis zur Anhörung und Unterrichtung. Was noch übrigbleibt, wird von den Begriffen der Entscheidung, des Vorschlags und der Mitgliedschaft eingefangen. An diese Erörterung der Rechtsstellung der Gewerkschaften schließt sich die Behandlung ihrer Pflichtstellung an.

Kaum jemand hätte erwartet, daß eine solche Fülle von Beteiligungsarten der Gewerkschaften am öffentlichen Leben besteht. Das Hauptverdienst von Drewes besteht in der systematischen Erfassung der einzelnen Erscheinungsformen. Das Buch wertet kaum, es berichtet sachlich und so umfassend wie möglich. Es wird als erster Versuch einer wissenschaftlichen Erfassung der Flucht dieser Erscheinungen seinen Rang behalten.

Dr. Erich Frey

15 JAHRE — BILDDOKUMENTE EINER STADT

Herausgegeben von Heinz Lauenroth. Steinbock Verlag, Hannover 1959. 206 S. mit über 100 ganzseitigen dokumentarischen Fotos, Ln. 24,80 DM.

Am Beispiel der Stadt Hannover erstehen vor uns noch einmal die — von vielen allzu rasch vergessenen — letzten 15 Jahre: von der Zerstörung dieser Stadt (und wie vieler anderer in wie vielen Ländern!) durch 88 Luftangriffe bis zum heutigen Stand des Neuaufbaus. Vorbildlich klare und knappe Texte in deutscher und englischer Sprache geben im Wort, was uns dann vor allem die hervorragend aufgenommenen, ausgewählten und angeordneten Fotos sagen, deren Wiedergabe höchsten Ansprüchen gerecht wird; besonders geschickt ist auch die Anordnung der Bilderklärungen auf ausklappbaren Faltblättern am Ende jedes Kapitels. Die Bedeutung dieses Bildbandes reicht weit über den „Einzelfall“ Hannover hinaus: Beispielhaft wird hier eine ganze Epoche in all ihren Aspekten — historisch, gesellschaftlich, architektonisch, menschlich — in Bildern festgehalten, die den Betrachter zum selbständigen Nachdenken und Schlußfolgern aufrufen. — Zumindest jede größere öffentliche Bibliothek muß diesen dokumentarischen Band für recht viele Menschen unserer und der kommenden Zeit bereithalten, wf.

40 JAHRE INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

Vortragsveranstaltung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V., Bad Godesberg 1959. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1959. 52 S., brosch. 4,40 DM.

Die von der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt veröffentlichte Vortragsreihe zum 40-jährigen Bestehen der Internationalen Arbeitsorganisation umfaßt neben einleitenden und zusammenfassenden Worten des Präsidenten der Gesellschaft, Klaus von Bismarck, Darlegungen von Prof. Dr. Dr. h. c. Sitzler, Stuttgart (40 Jahre Internationale Arbeitsorganisation), David A. Morse, Generalsekretär des Internationalen Arbeitsamtes (Erziehungs- und Bildungsaufgaben der Sozialpartner in der industriellen Arbeitswelt) und des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Theodor Blank (Deutschland und die Internationale Arbeitsorganisation). In gedrängter Form wird dem Leser ein Überblick über Geschichte, Aufbau und Arbeitsmethoden der IAO und ihre Verbindung mit der deutschen Arbeitswelt geboten. Im Anhang finden sich eine Zusammenstellung der von Deutschland ratifizierten Abkommen und eine schematische Darstellung des organisatorischen Aufbaues der IAO.

So ist ein kleines, leicht überblickbares Handbuch entstanden, das jedem Sozialarbeiter nützlich sein wird. Gleichzeitig faßt es jene Probleme zusammen, denen sich der arbeitende Mensch in der modernen, sich rasch verändernden Industriegesellschaft gegenübergestellt sieht, und zu deren Lösung die schöpferische Mitarbeit breiter Kreise nötig ist.

Bruno Kuster

HANDBUCH DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Hax und Prof. Dr. Theodor Wessels. Band I: Betriebswirtschaft, Band II: Volkswirtschaft. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1959. Beide Bände werden nur zusammen abgegeben. Das Gesamtwerk umfaßt 1722 S., Ln. 88 DM, Studenten bei Einsendung einer Studienbescheinigung 75 DM.

Mit dem Erscheinen des 2. Bandes ist das Handbuch nunmehr vollständig. Während der 1. Band die Betriebswirtschaftslehre behandelt (siehe Besprechung in GM, H. 5/1959, S. 310), vermitteln die Beiträge des 2. Bandes dem Leser einen guten Überblick über den gegenwärtigen Erkenntnisstand der Volkswirtschaftslehre. Von diesen Beiträgen läßt sich nichts anderes sagen als von denen des 1. Bandes: Sie sind wohlabgewogen, genügend ausführlich, gut verständlich und mit wissenschaftlicher Genauigkeit geschrieben. Alle Beiträge stammen aus der Feder namhafter Hochschullehrer. Jede Einzeldarstellung beginnt mit einer ausführlichen Gliederung und schließt mit einem gut ausgewählten Literaturverzeichnis ab. Der 2. Band ent-

hält ein umfangreiches Stichwortregister für das Gesamtwerk, so daß es auch als Nachschlagewerk benutzt werden kann.

Ein Aufsatz „Ausgangstatsachen der Volkswirtschaftslehre“ und eine „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ leiten den 2. Band ein. Sodann folgen Einzeldarstellungen aller wichtigen Fachgebiete der Volkswirtschaftslehre, wobei auch Randgebiete aufgenommen wurden. Im einzelnen werden Geld und Kredit, Allgemeine Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Handelspolitik, Industriepolitik, Verkehrspolitik, Finanzwissenschaft, Statistik, Versicherungswesen, Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftsrecht abgehandelt.

G. P.

THEODOR FABRI

DIE KLEINAKTIE

Heft 8 der Abhandlungen aus dem Industrieseminar der Universität zu Köln — Herausgegeben von Prof. Dr. Theodor Beste — Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1959. 276 S., brosch. 21,60 DM.

Seit die „Volksaktie“ angepriesen wird, hat das Interesse an der Kleinaktie wesentlich zugenommen. Insofern ist die Untersuchung von Dr. Fabri sehr zu begrüßen, da sie erstmals einen umfassenden Überblick über die mit der Kleinaktie zusammenhängenden Fragen gibt. Der Verfasser untersucht in sieben Abschnitten die Erscheinungsformen der Kleinaktie, ihre geschichtliche Entwicklung, ihre Verbreitung, ihre wirtschaftliche und soziale Funktion, die Voraussetzungen für eine größere Verbreitung sowie die Frage Kleinaktionär und Hauptversammlung und die Einstellung der Unternehmen zur Kleinaktie und den Kleinaktionären. Was er hierzu im einzelnen ausführt, kann allerdings nicht immer widerspruchsfrei hingenommen werden.

Der besondere Wert der Untersuchung beruht weniger auf der Analyse der einzelnen Kleinaktienprobleme als vielmehr auf den Tatsachen, die Fabri über die Verbreitung der Kleinaktie und insbesondere auch über die Belegschaftsaktie mitteilt.

Die Vorstellung, als ob die Kleinaktie bei uns (im Unterschied etwa zu den USA) nur eine völlig untergeordnete Rolle spiele, bedarf einer gründlichen Revision. Unter den 2530 Aktiengesellschaften, die bis zum 31. Dezember 1954 ihr Kapital auf D-Mark umgestellt hatten, befanden sich 70 vH, die Aktien unter 1000 DM ausgegeben haben. 950 dieser Gesellschaften hatten ihr gesamtes Kapital durch Kleinaktien aufgebracht. Die Kleinaktien stellten damals etwa 84 vH aller Aktienstücke und etwa 38 vH des Kapitals der Aktiengesellschaften dar. Insgesamt waren 77 Millionen Kleinaktien im Nominalwert von 7,7 Milliarden DM vorhanden, von denen 57 Millionen mit einem Nominalwert von

5,7 Milliarden DM auf Kleinaktien entfielen, die über 100 DM lauten. Überträgt man diese Zahlen auf das heutige Grundkapital der Aktiengesellschaften in Höhe von 27 Milliarden DM, so wären davon über 8 Milliarden DM in Form von Kleinaktien vorhanden. Die Kleinaktie muß also nicht erst geschaffen werden, sie ist bereits vorhanden.

Bedauerlicherweise läßt sich vorerst aber nicht feststellen, in wieviel Händen sich diese Kleinaktien befinden. Zwar gibt Fabri an Hand der Anmeldungen, die bei der Wertpapierbereinigung erfolgten, auch hierzu eine Anzahl statistischer Unterlagen, aus denen hervorgeht, daß 90 vH aller Aktionäre nur Aktien bis höchstens 10 000 DM haben und die Zahl der Inhaber von Kleinaktien mindestens mehrere Hunderttausend betragen hat. Inzwischen hat die Konzentration des Aktienbesitzes aber weitere Fortschritte gemacht. Der Verfasser muß selbst zugeben, daß aus der Zahl der Kleinaktien allein „nur sehr bedingt auf die Verbreitung der Kleinaktie zu schließen ist“, da ein großer Teil „in festen Händen von Großaktionären liegt“.

Die Volksaktie wird vom Verfasser nur mit wenigen Sätzen erwähnt und ihre besondere Problematik nicht erkannt. Was Fabri über die sozialpolitischen Aspekte der Kleinaktie, insbesondere über die Frage der Eigentumsbildung und der Mitbestimmung sagt, ist schwach und mißdeutet auch die Auffassungen der Gewerkschaften hierzu.

Wenn auch die wirtschaftlichen Funktionen und Möglichkeiten der Kleinaktie von dem Verfasser überbewertet werden, so muß im Hinblick auf die Volksaktie doch angenommen werden, daß die Kleinaktie künftig eine größere Rolle spielen wird. Der Gewerkschafter wird daher gut tun, sich mit ihrer Problematik gründlich zu beschäftigen. Das Buch von Fabri kann ihm hierbei, wenn es kritisch gelesen wird, eine wertvolle Hilfe sein.

Dr. Kurt Hirche

BUND UND LÄNDER

Vorträge, gehalten an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, im Wintersemester 1957/58. Herausgegeben von Ossip K. Flechtheim mit einem Vorwort von Otto-Heinrich von der Gabletz. Colloquium-Verlag, Berlin 1959. 172 S., Ln. 15 DM.

Innerhalb der Bundesrepublik, im Grunde sogar schon seit der Reichsgründung, war das Verhältnis zwischen Bund und Ländern niemals ganz eindeutig. Haben die Länder überhaupt noch eine Eigenstaatlichkeit, nachdem sie eine Reihe von Funktionen, die sonst der staatlichen Souveränität eigen sind, an den Bund abgeben mußten, oder sind sie nur dezentrale Organe einer übergeordneten staatlichen Einheit?

Dieser Meinungsstreit bewegt seit langem die Unitarier, denen eine starke Reichsgewalt vor-

schwebt, und die Föderalisten, die den Nachdruck auf eine möglichst weitgehende Selbstbestimmung der Länder legen. Erschwert werden solche Auseinandersetzungen dadurch, daß die Staatstheorie noch von Begriffen beherrscht wird, die vielleicht vor fünfzig Jahren — und auch damals nicht einmal voll — Geltung hatten, während die Wirklichkeit über sie hinwegschritt. Das zeigte sich am schroffsten, als das Hitlersystem entsprechend seinem totalitären Machtstreben sich auf die straffe Leitung aller Staatsgewalt von oben her konzentrierte im Gegensatz zu der Weimarzeit und der noch kurzen Periode nach dem letzten Kriege. In diesen beiden Zeitabschnitten suchte man der Eigenart der einzelnen Landesgebiete stärker Rechnung zu tragen, ohne dem immanenten Drang der modernen Gesellschaft nach größeren organisatorischen Einheiten entgegen zu können, der ohne und selbst gegen den Willen der politischen Führung doch das Übergewicht des Bundes über die Länder steigerte.

Die Probleme, die daraus erwachsen, begegnen jedem, der sich mit Politik beschäftigt, auf Schritt und Tritt. Es ist daher ein Verdienst der Hochschule für Politik, eine Reihe von Vorträgen zu einem Buch zusammengefaßt zu haben, die den Fragenkreis von den verschiedenen Seiten, von Recht und Verwaltung wie von der Praxis der gesetzgeberischen und politischen Arbeit her beleuchten.

Unter den grundsätzlichen Arbeiten erscheint uns diejenige von Prof. *Ossip K. Flechtheim* besonders bemerkenswert, der aufzeigt, wie sehr sich die politischen Parteien in der Auffassung genähert haben, daß das föderalistische Element für die Verfassung des Bundes wesentlich ist, aber die Frage offenläßt, ob dieses auch auf die Dauer in der herkömmlichen Form aufrechterhalten werden kann. Spätestens am Tage der Wiedervereinigung wird die ganze Problematik neu auftauchen und dynamisch gelöst werden müssen.

In anschaulicher Weise vermittelt die Darstellung dreier Bundesländer aus der Feder führender Persönlichkeiten — für Nordrhein-Westfalen ist es der frühere Ministerpräsident *Fritz Steinhoff*, für Bayern sein Kollege *Wilhelm Hoegner*, für Hamburg der frühere Erste Bürgermeister *Sieveking* — die Verschiedenheit der Probleme wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art, die dort bestehen. Mit dem alten und ewig neuen Komplex des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden setzt sich Prof. *Gerd von Eynern* historisch und finanzpolitisch auseinander, um u. a. darauf hinzuweisen, daß die anhaltende finanzielle Erstarbung des Bundes diesen auch mehr als bisher zu einem Instrument der Konjunkturpolitik macht. Andererseits tritt von Eynern für eine Stärkung der Selbstverwaltung der Gemeinden ein.

Ein großer Vorteil des Buches ist, daß sich seine Beiträge nicht in Vorschlägen von Patentlösungen verlieren, dafür aber desto deutlicher die Entwicklungsrichtung der Spannungen durchforschen, die zwischen den miteinander verbundenen, jedoch auf verschiedenen Ebenen handelnden Organen des staatlichen Lebens nun einmal unvermeidlich sind. So wachsen die verschiedenen Vorträge zu einer Einheit zusammen, die zugleich instruktiv und anregend wirkt.

Artur Saternus

HEINRICH GESENIUS EMPFÄNGNISVERHÜTUNG

Verlag Urban & Schwarzenberg, München und Berlin 1959.
224 S., 57 Abbildungen. Ln. 28,— DM.

Empfängnisverhütung wird in großem Umfang praktiziert; aber man spricht nicht davon. Denn alle Fragen der Geburtenkontrolle sind mit einem moralischen, rechtlichen und zum Teil mit einem kirchlichen Tabu belastet. Selbst die Medizin-Studenten erfahren hierüber in den Vorlesungen herzlich wenig, und häufig wissen deshalb die Ärzte auf die nur allzu verständlichen Fragen der Ratsuchenden keine verständige Antwort zu geben. Die jungen Menschen verschaffen sich die Kenntnis der Verhütungstechniken in der Regel auf nicht sehr schönen Wegen, oft erst nach bitteren Erfahrungen. Da nun aber Empfängnisverhütung für das öffentliche Leben eine große Bedeutung hat — sowohl bei uns wie erst recht in den Entwicklungsländern —, ist es einfach notwendig, offen über sie zu sprechen, auch wenn man dabei die Intimsphäre des menschlichen Lebens berührt.¹⁾

Im Halbdunkel, das über diese Dinge gebreitet wird, gibt es zuweilen Lichtblicke. Einen dieser Lichtblicke aus jüngster Zeit bietet die Entschließung einer Studiengruppe des Weltkirchenrates in Genf, die mutig die Geburtenkontrolle bejaht, auch die Verwendung mechanischer und chemischer Mittel; man wird ihre Stimme nicht überhören können. Einen anderen Lichtblick bildet das Buch des Chef-Gynäkologen am Martin-Luther-Krankenhaus in Berlin, Prof. Dr. med. Dr. phil. *Heinrich Gesenius*, mit dem ehrlichen Titel „Empfängnisverhütung“.

Dieses Buch verdient durchaus einen Hinweis in den Gewerkschaftlichen Monatsheften. Zwar ist es in erster Linie für Ärzte bestimmt; aber es geht weit über das Medizinische hinaus. In wesentlichen Kapiteln setzt es sich mit religiösen und bevölkerungspolitischen Fragen auseinander; auch ist es keineswegs im Fachjargon geschrieben, sondern bleibt selbst in seinen medizinischen Kapiteln auch für einen weiten Leserkreis verständlich.

Besonders eindrucksvoll ist der Anhang, der ausführlich und mit dem ganzen Ernst des verantwortlichen Menschen und Mediziners die Ge-

1) Vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte, September 1956, S. 552 ff., und April 1957, S. 239 ff.

fahren der Abtreibung schildert. Bei nüchterner Betrachtung der Fakten kommt Gesenius eindeutig zu dem Ergebnis, daß die einzige wirksame Methode, die Abtreibung einzudämmen, in der offenen Verbreitung der Empfängnisverhütungsmittel besteht — so wie es in Skandinavien, England und anderen Staaten geschieht. Mit moralischen und politischen Mitteln kann man der Abtreibung nicht Herr werden; im Gegenteil, durch Verbote treibt man die unglücklichen Mädchen und Frauen nur in die Arme von Pflüschern.

Eine offene Aufklärung über die Präventivmittel und ihre — nicht immer ganz einfache — Handhabung würde die Volksgesundheit und das Familienleben fördern. Denn der Wille zum Kinde ist bei uns erfreulich stark. Keineswegs würde die Zahl der Geburten zurückgehen; die vielfach propagierte Sorge, unser Volk würde dann schrumpfen, entbehrt jeder sachlichen Basis. Nur eines würde eintreten: Statt der unerwünschten oder noch nicht erwünschten Kinder kämen lediglich ersehnte, geliebte Wesen zur Welt.
Prof. Dr. Gert von Eynern